



Jenseits des Populismus. Konservative Kritik an der ‚Massendemokratie‘ im völkischen Denken Björn Höckes. - Von Martin G. Maier.

Zumeist soll das Etikett „konservativ“ einen Hinweis darauf geben, dass seine damit versehenen Träger*innen zwar der politischen Rechten angehören, aber dennoch auch der Demokratie zugewandt sind. Aus zwei Gründen sollen hiergegen Bedenken angemeldet werden: Zum einen bedienen sich rechtsnationale Denker*innen wie Karlheinz Weißmann eingeständenermaßen der „Mimikry“ [1], wenn sie sich als Konservative ausgeben; zum anderen – dies macht die Sache schwieriger und interessanter zugleich – schöpfen manche von ihnen aus dem Fundus jener Denkströmungen, die in der Weimarer Republik die Vokabeln konservativ und revolutionär zu kombinieren suchten. Der Einfluss dieses Gedankenguts verschwand auch nach 1945 nicht vollständig, denn der konservative Weg zur Demokratie nach dem verlorenen Krieg war steinig und unsicher. Nach Gründung der Bundesrepublik liefen auf ihm keineswegs alle desillusionierten Vertreter eines revolutionären Konservatismus ins Lager derjenigen über, die mit der von alliierter Seite induzierten Neuordnung grundsätzlich im Reinen waren. Sowohl ihre Befürchtungen hinsichtlich des Kalten Kriegs, als auch ihre apologetischen Versuche einer Einordnung des jüngst überwundenen Nationalsozialismus ließen sie eine reservierte Haltung zur repräsentativen Demokratie einnehmen: Beide Themen bedienten sie mit einem „Geschichtsmodell“, das von „einem tiefen Misstrauen gegen eine liberale Öffentlichkeit“ erfüllt war, „die als Brutstätte unreifer Leidenschaften der Massen angesehen wurde.“ [2]

Wurde auch nach 1968 und vor allem während der letzten drei, vier Jahrzehnte diese Massenangst mehr und mehr von einem Populismus verdrängt, der vor allem die tonangebenden Linken und Liberalen als Anhänger*innen einer angeblich bis zum heutigen Tag fortgesetzten alliierten Umerziehung der Deutschen ins Visier nahm, so finden sich im vielbeachteten Gesprächsband mit Björn Höcke, dessen erste Auflage 2018 unter dem Titel *Nie zweimal in denselben Fluss* erschien, immer noch Aussagen, die seine Elitenkritik mit dem eigenen Führungsanspruch der als urteilsschwach angesehenen Bevölkerung kombinieren. Zudem be-

zieht sich Höcke darin auf Kernelemente der „rechten Stammkultur“ (Peter Dudek/ Hans-Gerd Jaschke) seit 1945, an denen sich zeigen lässt, dass auch ein gegen die liberale Demokratie gerichteter Konservatismus eine genuine Strömung seiner Ideengeschichte darstellt – wenngleich er sich natürlich (wie Weißmann nicht zu Unrecht aus dem strategischen Nähkästchen plauderte) nach wie vor auch als Camouflagebegriff für systemüberwindende Aktivitäten eignet. Diverse Positionen Höckes, dem derzeitigen Landes- und Fraktionsvorsitzenden der AfD in Thüringen, können in eine Kontinuitätslinie konservativen Denkens gestellt werden, das sich – wie exemplarisch am Fall der NPD belegt wird – vom Konservatismusverständnis der etablierten Parteien und Akteur*innen, etwa im Umfeld der Unionsparteien, absetzt und sowohl völkisch als auch elitär argumentiert. Doch geht dieses Denken nicht in seiner Funktion der Beschwichtigung möglicher Kritiker*innen auf, sondern bildet eine von mehreren genuinen Varianten rechter Demokratiekritik, die bei Höcke besonders prägnant hervortritt.

Was konservativ ist oder besser: was konservativ sein sollte, definiert Höcke negativ mit dem an das Grundprinzip der Konservativen Revolution anknüpfenden Satz: „Die orthodoxen Konservativen im schlechten Sinne sind heute jene, die keine Alternative zum Bestehenden sehen. Das Bestehende ist aber oftmals dysfunktional geworden, diskreditiert sich zunehmend sachlich wie moralisch und beginnt vor unseren Augen zu zerfallen.“ [3] Höcke sieht in den herrschenden Verhältnissen kaum etwas, dessen Bewahrung sich lohnen würde. So stellt sich etwa die konservative Kernfrage nach einer ‚deutschen Leitkultur‘ [4] solange nicht für ihn, wie grundstürzende Veränderungen an ihr ausbleiben. Der Verlust des Eigenen habe bereits Ausmaße angenommen, die dafür sorgten, dass das Überhandnehmen des Fremden im eigenen Land nicht mehr durch Integrationsbemühungen abgefedert werden könne: „Ja, die in unserem Land lebenden Ausländer sind mit Sicherheit nicht dafür verantwortlich, daß wir mit unserer eigenen Kultur und unseren Traditionen nicht mehr viel anfangen können. Das ist vielmehr ein Selbstentfremdungsprozeß, der vor allem von dem dekadenten westlichen Lebensstil vorangetrieben wurde. [...] Wir sind aufgrund des eigenen Identitätsdefizits nicht nur zu schwach, das Fremde abzuweisen, sondern auch, es in unser Eigenes zu integrieren. Worin soll sich denn überhaupt ein junger Muslim in unserem Land integrieren? In eine ihre eigenen kulturellen und religiösen Traditionen vergessende bis ablehnende Gesellschaft?“ (S. 199)

Ähnlich wie Höcke formuliert schon das Grundlagenprogramm der NPD von 1967 die Unmöglichkeit Deutschlands, angesichts dominanter äußerer Einflüsse seine nationale Eigentümlichkeit zu bewahren: „Deutschland als Teil der europäischen Mitte hat während seiner ganzen Geschichte fremde Einflüsse aufgenommen, die unsere geistige und seelische Gestalt mitgeformt haben. Auch in Zukunft muß unser Volk weltoffen bleiben. Aber in unserer Zeit treffen fremde Einflüsse auf eine Massengesellschaft, die auf selbständigen Gestaltungswillen verzichtet hat. Die Folge ist eine durchdringende Verfremdung deutscher und europäischer Werte und Lebensformen.“ [5] Drei Jahre später, nachdem die NPD den Einzug in den Bundestag knapp verfehlt hatte, forderte sie in ihrem Wertheimer Manifest eine noch aggressivere Variante eines völkischen Konservatismus, dessen Entfaltung an der Wirksamkeit der alliierten Besatzungs- und Umerziehungspolitik,

befördert durch den Verrat der eigenen Eliten an Deutschland, bislang gescheitert sei: „Die NPD ist konservativ. Sie kämpft nachdrücklich für die Erhaltung zeitlos gültiger Wertvorstellungen, die im Volk nach wie vor tief verwurzelt sind. Sie fordert, daß diese Wertvorstellungen – die auch in den Länderverfassungen verankert sind – zur Grundlage des Zusammenlebens und zum tragenden Grundgedanken im gesamten Erziehungswesen gemacht werden. Den linken Meinungsmachern, die – ausgehend von der amerikanischen Umerziehungsinitiative JCS 1067 [worin Entnazifizierung und Entmilitarisierung als Ziele der Besatzung formuliert wurden; MGM] – gezielt und unablässig ihr Zerstörungswerk betreiben, und den gewissenlosen Geschäftemachern setzt die NPD schärfsten Widerstand entgegen.“ [6]

In etwas abgewandelter Form hantiert auch Höcke mit dem Verschwörungsnarrativ einer Steuerung Deutschlands durch ein übernationales Netzwerk, dessen Willen sich die maßgeblichen Kreise fügten. Dabei hat er vor allem die deutsche Einwanderungsgesellschaft im Blick: Er nennt die „Strukturen des globalen Geldmachtkomplexes“, welche die „politische Klasse“ dazu anhalten könnten, den „Prozeß der Entnationalisierung mit allen Mitteln“ (S. 206) zu fördern. Doch könne nicht ‚das Volk‘ allein jene Gegenmacht bilden, welche dieser Entwicklung trotzen könnte. Bringt auch Höcke gegen die korrumpierten, ochlokratischen Eliten immer wieder das vor allem von PEGIDA mobilisierte ‚Volk‘ ins Spiel, so grenzt er sich doch vom Populismus entschieden ab und setzt stattdessen auf ein Elitenkonzept, mit dem er seinen Führungsanspruch unterstreicht. So warnt er anlässlich des immerhin ebenfalls aus der Bevölkerung hervorgegangenen „Willkommenswahn[s] im Sommer 2015“ (S. 235) – angesichts der Hunderttausenden vor allem aus Syrien stammenden Geflüchteten, die mit einer Welle der Hilfsbereitschaft an deutschen Bahnhöfen empfangen wurden: „Ein verantwortungsvoller Politiker darf sich bei aller Bürgernähe nicht von den schwankenden Stimmungen des Volkes abhängig machen, zumal diese manipuliert sein können.“ (S. 235f.)

Höcke nimmt hier Versatzstücke eines antidemokratischen konservativen Denkens auf, wonach die ungefügte und ungefügte Masse der Bevölkerung einer Führung durch geeignete Personen bedürfe, die mit dem richtigen Blick für das Gemeinwohl des Staates herangebildet wurden. ‚Volk‘ ist als Ausdruck des Generalwillens nicht einfach mit dem Willen aller identisch, es unterliegt spontanen Stimmungen, die sich in ihm breitmachen und es zu unüberlegten Handlungen – wie der Aufnahme ‚kultur-fremder‘ Geflüchteter – führen können. So stellt Höcke mit Bezug auf Rousseau fest: „Auch bei einer wiederhergestellten inneren Einheit muß er [der verantwortungsvolle Politiker; MGM] ein Sensorium für die ‚volonté generale‘ [sic] besitzen und notfalls auch gegen die aktuellen öffentlichen Befindlichkeiten und für das Volk die richtigen Entscheidungen treffen – also nicht selbstherrlich-autokratisch, sondern im dienenden Sinne. Das zeichnet einen Staatsmann gegenüber einem reinen Populisten aus, der immer ochlokratisch abzustürzen droht.“ (S. 236 – Kursivierungen i. O.) Wer das ‚Volk‘ hingegen, anstatt es in seinem ‚wahren Willen‘ anzuleiten, nur bei seinen Stimmungen packt, sie bedient und ihm nachgibt, ist für Höcke nicht nur anfällig für das Hinterzimmer der Kungelei und eine Mentalität der Selbstbedienung. Abgesehen von diesen unlauteren Motiven könnte ein reiner Populismus auch den augenblicklichen Willen – mit Rousseau

gesprochen die *volonté de tous*, also die Summe der privaten Präferenzen der Staatsbürger*innen – gar nicht in einer gleichzeitig das ‚Volk‘ einigenden Absicht bedienen. Sie sind und bleiben Ausdruck partikularer Interessen, die ein ‚Volk‘ nicht zu seiner Wesenseigentümlichkeit hinführen, wie es der völkische Konservative Höcke möchte.

[1] So umriss Weißmann in seinem Aufsatz »Neo-Konservatismus in der Bundesrepublik? Eine Bestandsaufnahme«, in: *Criticón*, Nr. 96 (1986), S. 176 – 179, hier: S. 179, die konservative Strategie mit dem Satz: „Die Fähigkeit, in die Offensive zu gehen, muß entwickelt werden und dazu die Fähigkeit, die Situation zu beurteilen: ob hier der offene Angriff oder die politische Mimikry gefordert ist.“ Solche Vorschläge fallen weiterhin auf fruchtbaren Boden. Florian Finkbeiner und Niklas Schröder halten in ihrer FoDEX-Studie, Nr. 4 von 2020 zum Thema Die AfD und ihre Wähler in Niedersachsen die Alternative für Deutschland „programmatisch“ für „keineswegs bürgerlich-konservativ“, denn ihre Funktionäre würden „aus taktischen Gründen den Deckmantel des Konservativen [benutzen], um an das bürgerliche Lager anschlussfähig zu bleiben und um national-chauvinistischen Inhalt zu bedecken.“ (alle Zitate dort auf S. 20) Die Autoren klären aber nicht, ob der stattdessen von ihnen zur Charakterisierung mancher Positionen der AfD ins Spiel gebrachte Begriff „nationalkonservativ“ (ebenda, S. 4 und passim) nun eine Zwischenstufe zwischen noch verfassungskonformen und extremrechten Positionen darstellt bzw. wo denn die Grenze vom nationalen zum bürgerlichen (demokratisch-akzeptablen) Konservatismus verläuft.

[2] So Constantin Goschler vor allem in Hinblick auf Carl Schmitt in seinem Beitrag: „Radikalkonservative Intellektuelle in der frühen Bundesrepublik“, in: Erhard Schütz/ Peter Uwe Hohendahl (Hrsg.): *Solitäre und Netzwerker. Akteure des kulturpolitischen Konservatismus nach 1945 in den Westzonen Deutschlands*, Essen: Klartext, 2009, S. 23 – 34, Zitate: S. 27.

[3] Björn Höcke: *Nie zweimal in denselben Fluss*. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig, Lüdinghausen und Berlin: Manuscriptum, 4. Auflage, 2020, Zitat: S. 59. Alle folgenden Seitenzahlen – sofern nicht anders ausgewiesen – beziehen sich auf diesen Text.

[4] Zur Leitkultur als einem für konservative Unionspolitiker tonangebendem Konzept zur Bewahrung nationaler Identität, vgl. etwa das Papier von Stefan Mappus/ Markus Söder/ Philipp Mißfelder/ Hendrik Wüst: *Moderner bürgerlicher Konservatismus. Warum die Union wieder mehr an ihre Wurzeln denken muss*, S. 7. Online unter: www.cdu-maulbronn.de (11.08.22) – für den Hinweis danke ich Alexander Häusler, Düsseldorf.

[5] NPD: „Das Programm der NPD – Grundlagen nationaldemokratischer Politik [...] [von] 1967“, abgedruckt in: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.): *Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945*. Sechster Band: Innerparteiliche Auseinandersetzungen. Erster Teil, Berlin: Wendler, 1968, S. 541 – 561, Zitat: S. 542.

[6] NPD: „Wertheimer Manifest 70“, abgedruckt in: Peter Dudek/ Hans-Gerd Jaschke 1984: *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur*. Band 2: *Dokumente und Materialien*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1984, S. 100f., Zitat: S. 101.

Martin G. Maier ist freier Mitarbeiter bei Portal Ideengeschichte und unternimmt häufig Streifzüge durch linke und rechte Begriffslandschaften.

Was ist „Logbuch RECHTS“?

Logbuch RECHTS ...

... beschreibt Streifzüge durch die Gegenwart und Vergangenheit der hypernationalistischen Strömungen sowie ihrer Erforschung. Die Eintragungen erfolgen in unregelmäßigen Abständen, werden aber dauerhaft fortgeführt. Das Logbuch dokumentiert die Bergung solchen Materials, das bei den üblichen wissenschaftlichen Kaperfahrten und Drittmittel-Piraterien oft zurückgelassen werden muss.

Logbuch RECHTS ...

... schildert Fahrten dahin, wo es trübe und neblig wird und manche Kompassnadel ins Rotieren gerät. Dort gemachte Funde können ehemalige Bestseller über revisionistische Themen sein, aber auch vergessene Forschung und Publizistik zu rechten Gefahren aus verschiedenen Jahrzehnten, die Faschismusdebatten der letzten 100 Jahre, aber auch vergangenheitspolitisches Treibgut, das sich immer irgendwo ansammelt.

Logbuch RECHTS ...

... verzeichnet nicht nur aktuelle Debatten, sondern auch so manche Flaschenpost aus der Vergangenheit, die sich morgen vielleicht als Sprengladung erweisen könnte.

Logbuch RECHTS ...

... hält nicht nur Ausschau nach braunschillernden Fischen, sondern auch nach waffenstarrenden See- und anderen Staatsungeheuern. Es verzeichnet Irrlichter und Geisterschiffe und versucht ihre Kursbestimmung.

